

## Vorstandssitzung des Fachverbandes der Kämmerer in NRW am 06. Mai 2009 in Hürth

Auf Einladung von Bürgermeister Walther Boecker und Stadtkämmerer Dr. Dirk Ahrens-Salzsieder traf sich der Vorstand des Fachverbandes der Kämmerer in NRW e.V. zu seiner 2. Vorstandssitzung in Hürth. Unter Leitung des Vorsitzenden des Fachverbandes Manfred Abrahams wurde über öffentlich-private Partnerschaften im Bereich der Feuer- und Rettungswachen referiert und diskutiert und insbesondere die beiden für 2009 geplanten Arbeitstagungen – am 25. Juni 2009 in Bergheim und 29. Oktober 2009 in Bad Sassendorf – weiter vorbereitet.

In seinen Begrüßungsworten stellte BM Boecker die 60.000-Einwohner-Stadt Hürth vor, die geprägt war durch Braunkohle- und Chemieindustrie und sich zu einer Industrie- und Medienstadt entwickelt hat. Derzeit sind aber immer noch über 3000 Menschen in der Chemischen Industrie (u.a. Chemiapark Knapsack) beschäftigt. Bekannt geworden ist Hürth besonders durch den Medienzweig mit über 30 Fernsehstudios.

Der 1. NKf- Haushalt 2009 der Stadt Hürth weist ein Defizit von rd. 12 Mio. € aus, obwohl die Stadt bereits seit 2001 einen Großteil der Verwaltung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts (AÖR) umgewandelt hat und seitdem z. B. auch die Abschreibungen für Straßen und Grünanlagen erwirtschaftet.

Auf der Suche nach interessanten Themen für künftige Arbeitstagungen stand eine Präsentation zur Thematik ÖPP im Bereich der Feuer- und Rettungswachen auf der Tagesordnung. Am Beispiel der Stadt Dinslaken (73.000 Einwohner) referierten Frau Susanne Müller-Kabisch von Bird & Bird LLP, Düsseldorf, und der Dinslakener Stadtkämmerer Jörg Dehm.

Der Rat der Stadt Dinslaken hatte schon 1998 beschlossen, die vorhandene Feuerwache aus den 50er Jahren zu ersetzen, seinerzeit geplant in Kombination mit der Kreispolizeiwache. Der Siegerentwurf eines in 2001 durchgeführten Architektenwettbewerbes ergab Gesamtkosten von 23 Mio. €, was dazu führte, dass die Realisierung aufgrund der damaligen HSK-Notwendigkeit zurückgestellt wurde.

Eine Machbarkeitsstudie belegte dann in 2007 die Möglichkeiten, ein ÖPP mit Planung, Errichtung, Finanzierung und Betrieb einer neuen Hauptfeuer- und Rettungswache mit einem wirtschaftlichen Ergebnis durchzuführen. Bird & Bird hat bei diesem Projekt die Aufgabe übernommen, die Stadt in allen rechtlichen Fragen zu beraten und insbesondere das europaweite Vergabeverfahren nach VOB/A zu begleiten. Frau Müller-Kabisch, die das Projekt in Dinslaken als Beraterin von Bird & Bird seit Ende 2007 betreut, berichtete dem Vorstand, dass in den letzten Jahren Feuerwachen in NRW zunehmend Gegenstand von öffentlich-privaten Partnerschaften wurden vor dem Hintergrund, dass die öffentlichen Kassen leer waren und die Konjunkturpakete, die jetzt geschnürt werden, z.B. vor 2 Jahren noch nicht absehbar waren. Sie erläuterte dann die verschiedenen ÖPP-Modelle und ging in ihrem Vortrag auf die wirtschaftlichen und rechtlichen Aspekte des Projektes in Dinslaken ein. Sie betont, dass eine erfolgreiche Durchführung eines ÖPP in diesem Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge die Klärung spezifischer rechtlicher Fragen voraussetzt. So ist der Brandschutz eine öffentliche Pflichtaufgabe, die nicht übertragen werden kann. Außerdem muss das Projekt in technischer und auch wirtschaftlicher Hinsicht genauestens vorbereitet sein, um die erhofften Einspareffekte im Vergleich zur Eigenherstellungsvariante zu erreichen.

In seinem Vortrag erläuterte anschließend Stadtkämmerer Jörg Dehm sehr ausführlich das gesamte Verfahren, die Besonderheiten und die Vorteile von PPP/ÖPP im „wirklichen Leben“ und gab abschließend Tipps für die kommunale Praxis.

Claus Hamacher vom StGB NRW macht auf einen kürzlich erschienen Bericht des Landesrechnungshofes Baden-Württemberg zur Untersuchung von verschiedenen PPP-Vorhaben aufmerksam, der hinsichtlich der wirtschaftlichen Vorteile etwas auf die Euphoriebremse getreten hat. In dieser Untersuchung ist wegen der langfristigen Bindung dieser Projekte (ohne die Möglichkeiten zu haben, im Laufe der Vertragsdauer substanzial etwas daran zu ändern), von der „Sorge einer grauen Verschuldung“ die Rede.

Im Rahmen der Vorbereitung der 58. Hauptversammlung des Fachverbandes der Kämmerer NRW e.V. am 25. Juni 2009 in Bergheim befasste sich der Vorstand auch mit der satzungsmäßig notwendigen Neuwahl des Gesamtvorstandes für weitere 4 Jahre und gab für die Mitgliederversammlung eine einstimmige Empfehlung ab.

In seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Bundes-arbeitsgemeinschaft der kommunalen Finanz-, Kassen- und Rechnungsbeamten (BAG) gab Hansheiner Hähle die nächsten Termine der BAG für 2009/2010 bekannt. In Abstimmung mit der 1. stellv. Vorsitzenden der BAG und Vorsitzenden des Fachverbandes Brandenburg, Angelika Kerstensi, findet die BAG-Arbeitstagung 2009 am 04.11.2009, voraussichtlich in Kleinmachnow bei Potsdam statt. Diese Tagung wird sich in erster Linie mit einer neuen Vereinssatzung befassen, die möglichst in dieser Sitzung verabschiedet werden soll und u.a. die Neuwahl des Gesamtvorstandes zur Folge haben wird. Zum Satzungsentwurf wird es am 19. Mai 2009 ein Sondierungsgespräch in Berlin geben, an dem u.a. Vertreter des Vorstandes und weiterer Mitgliedsverbände teilnehmen werden. Der 2. BAG-Bundeskongress wird am 14.06.2010 in Brandenburg stattfinden. Der genaue Tagungsort wird noch festgelegt.